NR. 4 JG.4 DEZEMBER 1989 ISSN 0933-1948

INFORMATIONSDIENST

IÖW INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG GmbH
VÖW VEREINIGUNG FÜR ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG e.V.

Arbeitsgruppe Ökologische Wirtschaftspolitik gegründet

Am 2.–4. 10. 89 trafen sich in Bad Boll WirtschaftswissenschaftlerInnen aus der Bundesrepublik Deutschland mit der Zielsetzung, mit Stellungnahmen und Vorschlägen in die öffentliche Debatte über Ökologie und Ökonomie einzugreifen. Hierzu wurde eine „Arbeitsgruppe (AG) Ökologische Wirtschaftspolitik" eingerichtet. Von einer Bestandsaufnahme ausgehend wurden die Ziele der Gruppe festgelegt und erste konkrete Arbeitsvorhaben vereinbart.

I. Bestandsaufnahme

1. Trennung von Ökologie und Ökonomie - in der Wirtschaftspolitik

Umweltkrisen von globalem Ausmaß - so das „Ozonloch" und der „Treibhauseffekt" - werden von der Wirtschaftspolitik immer noch weithin als Problemfelder betrachtet, für die nicht sie, sondern andere Politikbereiche zuständig sind. Die Erfahrungen der letzten Zeit haben dies aufgezeigt: Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes 1992 und wachsende Schadstoffbelastung, Verschuldungskrise und Ressourcenplünderung, Chemisierung der Produktion und „Sondermülltourismus", insgesamt ständig steigende Folgekosten des Wirtschaftens verweisen darauf, daß die Trennung von ökonomischen und ökologischen Dimensionen nicht nur überholt, sondern selbst zu einer Gefahr und zu einem Hindernis für ein angemessenes und rechtzeitiges Eingreifen geworden ist.

Die Notwendigkeit, Wirtschaftspolitik im Zusammenhang mit den ökologischen Problemen zu betreiben, wird zunehmend reflektiert:

- Untersuchungen haben belegt, daß neue umweltpolitische Gesetze und Verordnungen bzw. eine Verschärfung von umweltpolitischen Standards in den vergangenen Jahren weit mehr Arbeitsplätze geschaffen als vernichtet haben;
- der Einsatz ökonomischer Instrumente in der Umweltpolitik (z.B. Öko-Steuer) ist zu einem zentralen Punkt der politischen Diskussion geworden;
- die Abgeordneten des Bundestages diskutieren über die ökologischen und sozialen Folgekosten des Wirtschaftens;
- das Statistische Bundesamt kündigt die Erstellung einer „Umweltökonomischen Gesamtrechnung" an.

Obwohl ökologische Anforderungen und ökonomische Interessen also auch in der Öffentlichkeit längst nicht mehr als Ausdruck eines unaufhebbaren Gegensatzes verstanden werden, finden solche Einsichten doch nur selten Eingang in politisches Handeln. Der Preis für die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes wird eine Nivellierung der Umweltstandards nach unten sein: Zwar treten führende Vertreter der Großbanken inzwischen für Schuldentilgung ein, aber der politische Wille zu durchgreifenden Hilfsprogrammen für die Dritte Welt ist bisher nicht vorhanden. Statt Probleme politisch zu lösen, werden sie oft nur verschoben: Das Aus für Wackersdorf verschiebt die Aufbereitung derselben Kernbrennstäbe nach Frankreich; das bedeutet geringere Sicherheitsstandards bei den Anlagen und erhöhte Risiken beim Transport. Und Erfolge bei der Verringerung von Emissionen von Massenschadstoffen (SO_2, Staub) werden zunichte gemacht durch die Emissionszunahme bei anderen Schadstoffen, das Anwachsen der Schadenspotentiale und den Rückgang der Umweltqualität in anderen wichtigen Bereichen. Der Frage, welche konkreten ökonomischen Konsequenzen aus der drohenden Klimakatastrophe zu ziehen sind, ist in der erforderlichen Schärfe und Dringlichkeit von der regierungsamtlichen Politik noch gar nicht nachgegangen worden.

Bisher wachen in der praktischen Politik die einzelnen Ressorts noch immer eifersüchtig über ihre Zuständigkeiten; ein Verständnis von Umweltschutz als Querschnittsaufgabe

Fortsetzung S. 14

Leitbilder ohne ökonomische Anknüpfungspunkte ? Einige Ergebnisse der IÖW–Jahrestagung über „Regionale Entwicklungskonzepte"

Die Tagung war mit rd. 140 TeilnehmerInnen ausgesprochen gut besucht. Das Spektrum reichte von den Initiativen und Vereinen für eigenständige Regionalentwicklung im ländlichen Raum über Gewerkschaften, Technologieberatungsstellen, Wirtschaftsförderungsgesellschaften, RKW, Grüne, die einschlägigen Institute an Unis und Fachhochschulen bis zum HWP und IFO. Ein wichtiges, wenn auch ernüchterndes Ergebnis der Tagung ist der sich verfestigende Eindruck, daß die Diskussion und vor allem auch die Forschung zu den zwei Leitfragen der Tagung sehr unterschiedlich weit fortgeschritten ist.

Leitbilder und Politikmodelle

Zu der Frage nach den praktizierten und angestrebten Politikmodellen in der Regionalentwicklung konnten sowohl hochinteressante empirische Forschungsergebnisse (Ipsen), praktische Beispiele (ZIN–Programm NRW, PUR Augsburg) als auch grundsätzliche Überlegungen zu den Hintergründen für die zunehmende Bedeutung von Leitbildern (Häußermann, Schleicher) vorgestellt werden. Konsens herrschte darüber, daß es den „one–best–way" in der Regionalentwicklung nicht mehr gibt und insofern auch die Vorstellung nicht mehr haltbar ist, alle Regionen bewegten sich auf einer Linie nur eben einige weiter vorne und andere eher zurückgeblieben. Konsens herrschte auch darüber, daß Regionalentwicklung ein integrierter (ganzheitlicher) Prozeß ist mit sehr verschiedenen Akteuren, Konzepten und Zeithorizonten. Auch die Forderung, in die Regionalentwicklungskonzepte alle Bereiche des Wirtschaftens einzubeziehen, nicht nur die Industrie, sondern auch das Handwerk und die Land-

Fortsetzung S.2

Fortsetzung v. S. 1
wirtschaft und auch nicht nur die formelle Erwerbswirtschaft mit ihren formellen Rechts- und Marktbeziehungen, sondern auch die eigen- und Hauswirtschaft mit ihren direkten und informellen Beziehungen, schien unbestritten zu sein. Ob auch die von Häußermann formulierten Bewertungskriterien für regionale Entwicklungskonzepte wie Nachhaltigkeit, Reversibilität, funktionale Integration und Dezentralität von allen geteilt wurden, konnte schon deshalb nicht deutlich werden, weil wir Veranstalter wieder viel zu wenig Zeit für Diskussionen vorgesehen hatten.

Durch die Frage nach der Rolle von „Leitbildern" in der Regionalentwicklung ist die vermutlich bisher stark unterschätzte Bedeutung der mentalen bzw. kulturellen Ebene, neben der sozialen, stofflich-technischen und ökonomischen deutlich geworden. Auf dieser mental-kulturellen Ebene wurde bisher regionalpolitisch fast ausschließlich über regionale Identität und über historische und naturräumliche Bindungen diskutiert. Auf der Tagung wurde nun deutlich, daß eine Gewichtsverlagerung im Gange ist, von einem Politikkonzept des „push", des Versuchs quasi von außen, aufbauend auf einer strategischen Gesellschaftsanalyse und mit Hilfe eines „Instrumentenkastens" die Gesellschaft in die gewünschte Richtung zu drücken, zu einem Politikkonzept des „pull", des Versuchs durch Leitbilder und Entwürfe einen Sog zu erzeugen, Kreativität und Engagement freizusetzen für die Selbstveränderung der Gesellschaft. Dieses Politikmodell des „pull" zog sich denn auch gleich den Vorwurf zu, in einen neuen Idealismus zu verfallen.

Es wurde aber auch deutlich, daß die Vorstellung von Leitbildern regionaler Entwicklung einer inneren Differenzierung nach der Reichweite und Konkretheit der Entwürfe bedarf. Es gibt offensichtlich eine Ebene sehr langfristiger Leitbilder der gesellschaftlichen Entwicklung (Entwicklungsparadigmen), die auch noch kaum auf konkrete Regionen bezogen sind. Der Zerfall des Entwicklungsparadigmas „gesamtgesellschaftlicher Fortschritt durch wissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Fortschritt" spielt sich auf dieser Ebene ab. Zur Frage, ob dieses zerfallende Paradigma nun durch ein anderes oder durch viele andere abgelöst wird, und wie das/die Neue/n aussehen werden, konnten aber nur Andeutungen gemacht werden. Sie hatten bei Häußermann einen deutlichen Bezug zu Becks Analysen der „Risikogeselschaft", Schleicher rekurrierte auf die im Projekt „Regionale Technologiepolitik" entfalteten Grundorientierungen eines anderen Umgangs mit Natur (Naturgemäßheit/Mitproduktivität der Natur) und eines anderen Umgangs mit menschlichen Bedürfnissen (Menschengemäßheit, bedürfnisorientierte Regionalanalyse). Auf einer nächsten zeitlich kurzfristigen und schon deutlich raumbezogenen Ebene wären dann die „Raumbilder" anzusiedeln, mit deren Analyse und (leider bisher vorwiegend nachträglichen) Herausarbeitung sich die Arbeitsgruppe um Ipsen schon seit langem beschäftigt. Das Gefühl der Lächerlichkeit und Abwegigkeit, das einen bei der Betrachtung der „Raumbilder der 50er Jahre" beschlich, mahnte deutlich zu einer größeren Vorsicht und Distanz zu den von uns selbst derzeit verfolgten Raumbildern (und zwar sowohl in Bezug auf die Silicon Valleys als auch auf die Schnuckeligkeit einiger Projekte im Rahmen der Konzepte eigenständiger Regionalentwicklung im ländlichen Raum). Auf einer dritten Ebene wären dann die möglichst zahlreichen, vielfältigen und konkurrierenden regionalen Entwicklungspfade (Szenarien) zu nennen, deren Ausarbeitung ja das Ziel vieler Regionalprojekte ist, und auf der letzten und vierten Ebene liegen schließlich die Images, mit denen Regionen für das „starke" Ruhrgebiet, die Gesundheitsregion x oder die Genießerregion y werben.

Beschäftigungs- und umweltpolitisches Krisenmanagement und/oder vorsorgende Umwelt- und Strukturpolitik

Der wichtigste Konflikt, der auf der Tagung aufflammte, war der offensichtlich nur begrenzten Verknüpfbarkeit von Betriebspolitik bzw. Beschäftigungspolitik einerseits und langfristig orientierter Regionalentwicklung und Strukturpolitik andererseits geschuldet. Angesichts der brutalen Konkretheit einer drohenden Betriebsschließung mögen langfristig ausgerichtete Konzepte eines umweltverträglichen Wirtschaftens in der Region, die auch die Schrumpfung des sekundären Sektors und der Städte in Rechnung stellen, tatsächlich unverständlich sein, vielleicht auch zynisch klingen. Selbst dem von Bierbaum vorgestellten Konzept der regionalen Beschäftigungsgesellschaften wurde seinerzeit von der Belegschaft des Stahlwerks in Rheinhauesen mit großer Skepsis begegnet. Der Aufgabe, ein allzu leichtes gegeneinander Ausspielen von betriebsorientierter Beschäftigungspolitik und vorsorgender Regional- und Strukturpolitik zu verhindern, müssen sich m.E. sowohl die Regionalentwickler als auch die Gewerkschaftler in Zukunft stellen.

Auch beim zweiten Hauptpunkt des Themas „Politikkonzepte", dem Setzen auf regionale Kooperation, das die unterschiedlichsten Entwicklungskonzepte einigt, wurden in der Diskussion die Differenzen und Probleme deutlicher. Selbst wenn es gelingt „alle" an den runden Tisch zu bekommen (wer sind „alle"?), fangen die Probleme ja erst richtig an. Es dürfte kaum ein Zufall sein, daß das einzige Projekt, bei dem die Beteiligung der Unternehmer keine Probleme zu bereiten schien, das m.E. korporativistische Projekt PUR (Programm zur Umweltverbesserung und Ressourcenchancen) in Augsburg ist, an dem eben nur die Stadt Augsburg, MBB und die IG Metall und das IMU-Institut beteiligt sind.

Schließlich sind aber auch über die Beteiligungsmöglichkeiten von nichtorganisierten Interessen sowie von Gewerkschaftlern realistische Einschätzungen notwendig. Den Belegschaften, Kommunen und Regionen soll die Initiative zukommen, wurde von den verschiedensten Seiten gefordert, sie, die sie sich „vor Ort" auskennen, sollen Kreativität und Engagement entfalten und mehr Macht erhalten. Inwieweit ist das füllbar ? Die immense Bedeutung von regionaler Kompetenz, Qualifikation und von regionaler Kommunikation wird hier deutlich. Es gab einige Vorschläge zur Schaffung regionaler Institutionen, die sich vorwiegend der Steigerung der regionalen Kommunikation und Kompetenz widmen sollen (mal wieder nach dem Muster additiver Politik, also ohne den gleichzeitigen Vorschlag andere Institutionen abzubauen). In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich die Frage nach der Rolle, die wir bzw. Experten allgemein hierbei spielen können.

Ökonomische Anknüpfungspunkte

Wir hatten der Tagung eine zweite Frage zugrundegelegt, die Frage nach den ökonomischen Anknüpfungspunkten für regionale Entwicklungskonzepte und hatten dabei vor allem an zweierlei gedacht, an mögliche Anknüpfungspunkte im wirtschaftlichen Strukturwandel und an eine eventuell vorhandene spezifische Produktivität standortstabiler Unternehmen. Als Projekte, die an bestimmten Aspekten des wirtschaftlichen Strukturwandels anzuknüpfen versuchen, wurden das Projekt „Regionale Technologiepolitik" im Bergischen Land von R. Lucas, das Projekt „Berlin 2010" von H. Fichter und eine empirische Untersuchung von M. Loda im „Dritten Italien" vorgestellt (Das Staatsministerium Baden-Württemberg hatte leider abgesagt, sodaß das im derzeitigen regionalpolitischen Mainstream liegende Projekt „Wissenschaftsstadt Ulm" nicht vorgestellt werden konnte).

Doch die These vom möglichen Bedeutungsgewinn nicht nur des tertiären Sektors, sondern auch des primären Sektors, die im Projekt regionale Technologiepolitik verfolgt wurde, steht empirisch noch auf ganz schwachen Füßen; sodann wurde deutlich, daß im Projekt Berlin 2010 die Tertiarisierungsthese, die Hoffnungen auf umweltpolitische Gratiseffekte nicht mehr das alleinige Zentrum der Überlegungen darstellen – der in diesem Projekt verfolgte Ansatz eines „strukturpolischen Umweltschutzes" wendet sich zunehmend anzustrebenden Veränderungen innerhalb des sekun-

Auswahl im IÖW neu eingetroffener sog. „grauer Literatur"

(nicht in einem Verlag erschienene Forschungsarbeiten, Arbeitspapiere, Tagungsbände etc.)

Grüne im Bundestag: Info-Wirtschaft: Wirtschaftspolitk. Bezug: Die Grünen im Bundestag, AK Haushalt, Wirtschaft und Finanzen, Bundeshaus, 5300 Bonn

Institut für Wirtschaft und Umwelt: Transitgüterverkehr und Umweltbelastung. Informationen zur Umweltpolitik 61. Bezug: Österr. Arbeiterkammertag, Prinz-Eugen-Str. 20-22, A-1041 Wien

Deonanan Oodit, Udo E. Simonis: Water and Development. Water Scarcity and Water Pollution and the Resulting Economic, Social and Technological Interactions. FS II 89-406. Bezug: WZB, Reichspietschufer 50, 1000 Berlin 30

Sebastian Rinken: Von der „Bewegung zur Behörde": Institutionalisierung von Umweltschutzinteressen. Das Beispiel der California Coastal Commission. FS II 89-407. Bezug: WZB s.o.

Harald B. Schäfer: Fortschritt '90. Eckpunkte für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft – das neue umwelt– und energiepolitische Konzept der SPD. Sozialdemokratischer Informationsdienst Umweltpolitik 2/89. Bezug: Referat Arbeit, Technik, Umwelt beim SPD Parteivorstand, Ollenhauerstr. 1, 5300 Bonn 1

UPI – Heidelberg: Die Zukunft des Autoverkehrs. Öko–Bonus als marktwirtschaftliches Instrument im Umweltschutz – Vorschläge zu einer neuen Kostenverteilung im Verkehrsbereich (UPI–Bericht Nr.17). Bezug: Umwelt– und Prognose–Institut, Handschuhsheimer Landstr.118a, 6900 Heidelberg

VER – Hessen (Hg.): Eigenständige Regionalentwicklung – Ein integriertes Konzept sozial und ökologisch vertraglicher Wirtschaftsförderung ländlicher Räume. Bezug: Verein zur Förderung der Eigenständigen Regionalentwicklung in Hessen e.V., Brückenstr. 22, 3508 Melsungen

Wiener Akademie für Zukunftsfragen: Oekologia. Handbuch für umweltorientierte Unternehmenspolitik. Bezug: Wiener Akademie für Zukunftsfragen, Wollzeile 12, A–1010 Wien

dären Sektors zu –; und schließlich wurde deutlich, daß im Friaul inzwischen eine mehr oder minder klassische Modernisierungspolitik betrieben wird, die die von Bagniasco herausgearbeitete interessante handwerklich–flexible Produktionsstruktur im „Dritten Italien" gerade zu zerstören droht: Insofern ging die Rechnung der Veranstalter, die regionalpolitische Brauchbarkeit der Ansätze von Fourastie und Piore/Sable zur Diskussion zu stellen, nicht auf. Auch die Eischätzungen der räumlichen Auswirkungen neuer Produktionskonzepte (Just–in–time) blieben völlig konträr. Die einen verwiesen auf die Bildung neuer regionaler Produktionsmuster, die anderen auf das erst jetzt richtig durchschlagende Prinzip des „global sourcing". Doch auch auf dem Gebiet der „Ökonomie des Raumes" blieb trotz des guten, den Stand des bisherigen Wissens darstellenden Referats von U. Hahne, viel zu Vieles offen. Es wurde allerdings deutlich, daß die Bedeutung „weicher" Standortfaktoren an Bedeutung gewinnt (diskutiert wird über Fühlungsvorteile, Synergieeffekte, Beratungsnähe, Intensität der Kontakte zu Kunden und Zulieferern, Freizeitwert der Region, Images usw.) und zwar real und auch in der Theorie, die sich vor das Problem gestellt sieht, daß z.B. das Süd–Nord–Gefälle in der BRD durch „harte" ökonomische Faktoren wie Branchenstruktur, Betriebsgrößenstruktur und womöglich auch durch die Technologieintensität von Produktgruppen nicht hinreichend zu erklären ist. Hier herrscht offensichtlich ein großes Forschungsdefizit, zu dessen Beseitigung die empirische Ökonomie nachdrücklich aufgefordert ist. Sie hat sich offensichtlich bisher mehr mit dem „mobilen" als mit dem „sessilen" Kapital beschäftigt. Am Schluß der Tagung stand denn auch die Aufforderung an die Arbeitsgruppe „Regionale Wirtschafts– und Technologiepolitik" der VÖW, sich mit diesem Thema näher zu beschäftigen und eine weiterführende Tagung vorzubereiten.

Arnim von Gleich, Bremen

Kurz notiert

Im Auftrag des Umweltbundesamtes beginnt das IÖW ein Forschungsprojekt zu den *Möglichkeiten der Aufnahme umweltpolitischer Ziele in Tarifverträgen und anderen Regulierungsformen zwischen den Tarifparteien*. Hauptbearbeiter wird Dr. Klaus-Jürgen Scherer sein.

*

Im Rahmen der Tutzinger Friedenstage im Sept. 1989 wurde die in den letzten Jahren unterbelichtete Fragestellung des *Zusammenhanges von Friedenssicherung und Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen* wieder aufgegriffen. Hierzu liegt ein Thesenpapier von Dr. Martin Held vor. Kontaktaufnahme über die Ev. Akademie Tutzing, Schloßstr. 2–4, 8132 Tutzing

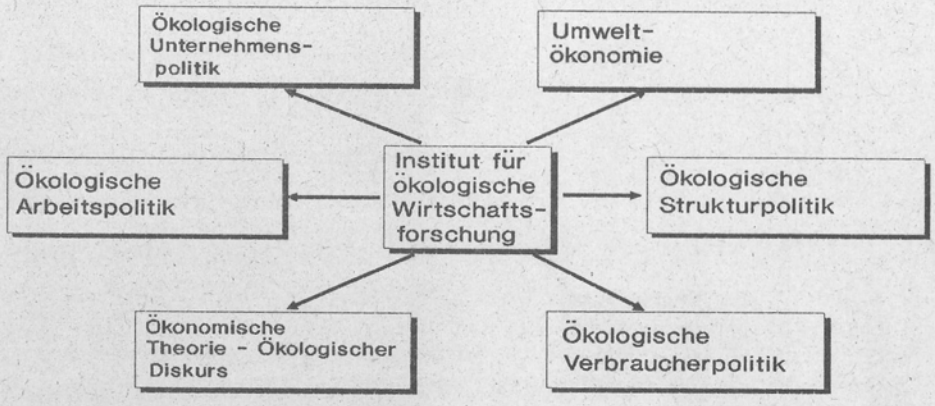
*

Der *VÖW–Vorstand* beschäftigte sich Anfang November 89 schwerpunktmäßig mit einem möglichen Thema für die nächste Jahrestagung. Aus einer Reihe von Themenvorschlägen (Klimaproblematik, Energiefragen, Ökologie und Frieden, Entwicklung in Osteuropa) kristallisierte sich ein Themenschwerpunkt heraus: „Natur und Macht – Perspektiven ökologischer Politik", wobei insb. die folgenden Aspekte behandelt werden sollen: Bilanz rot–grüner Politik, Natur und betriebliche Machtstrukturen, das Problem „Öko–Diktatur". Mit einer weiteren Konkretisierung des Themas sowie Referentenvorschlägen wird sich die nächste Vorstandssitzung im Dezember beschäftigen.

*

Am 16./17. Nov. fand in Berlin(West) ein zweitägiger *IÖW–Mitarbeiterworkshop* statt. Die laufenden Forschungsprojekte des IÖW, die auch den regelmäßigen Lesern des Informationsdienstes vertraut sind, wurden von den Projektbearbeitern vorgestellt und diskutiert. Zur klareren Organistionsstruktur und deutlicheren Profilbildung gliedert sich die Arbeit des Instituts entspr. den Beschlüssen des IÖW-Beirats vom Juli '89 in sechs Forschungsfelder, für die es jeweils einen veranwortlichen Forschungsleiter gibt:

Forschungsfelder (FF) des IÖW:



*

Im Anschluß an den IÖW–Workshop fand eine erste *IÖW–Mitarbeiterversammlung* statt, die u.a. beschloß, daß die Mitarbeiter in Zukunft im Vorstand vertreten sein werden (gewählt wurde K.–J. Scherer), sowie daß ein Mitarbeiter–Fond gebildet werden soll, über den die Mitarbeiter, die dies wünschen, als Kollektive Gesellschafter Institutsentscheidungen mitbestimmen können.

*

Am 24. November wurde die offizielle *Eröffnung des Regionalbüros NRW in Wuppertal* vollzogen. In einer Veranstaltung im Rathaus Wuppertal–Barmen wurde von Seiten der Stadt Wuppertal die Ansiedlung des IÖW begrüßt und Prof. Hartmut Häußermann (Bremen) hielt einen Gastvortrag zum Thema „Dienstleistungssektor in der Stadt der Zukunft". Anschrift: IÖW Regionalbüro NRW, Oberbergische Str. 4, 5600 Wuppertal 2, Tel: 0202/80530.

*

Demnächst wird erscheinen: *IÖW–Schriftenreihe 28/89* (Hendric Hallay, Sabine Lehmann: Anforderungen an ein betriebl. Umwelt–Controlling. Anlaufstudie für das Land Niedersachsen, ca. 50 S., ca. 15,–) und *IÖW–Schriftenreihe 29/89* (Markus Hesse: Ökologisch–ökonomische Flächenbewertung. Gutachten im Auftrag der Stadt Köln – Umweltamt, ca. 85 S., ca. DM 22,–)

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.